

Widerstand gegen Flüchtlingscontainer an der FU Berlin

Proteste gegen Flüchtlingscontainer an Uni: Widerstand in Berlin wächst. Konflikt um geplantes Containerdorf am Unigelände. Entdecke die Hintergründe.

Auf dem Grundstück an der Thielallee 63 in Berlin-Dahlem, das derzeit als Parkplatz dient, plant der Senat den Bau eines Containerdorfs zur Unterbringung von 260 Flüchtlingen. Dies stößt auf Widerstand, insbesondere an der Freien Universität Berlin. Die Uni beabsichtigt, auf diesem Gelände ein Gebäude für Lehre und Forschung zu errichten und fühlt sich vom Senat übergangen. Präsident Günter Ziegler äußerte Unmut darüber, dass die Hochschulleitung nicht in die Senatspläne eingebunden wurde.

Die Freie Universität Berlin hat in der Vergangenheit bereits geflüchtete Menschen unterstützt, unter anderem durch die Bereitstellung einer Notunterkunft in der Sporthalle der Universität. Trotz ihrer Bereitschaft, geflüchtete Menschen zu unterstützen, betont die Universität, dass das fragliche Grundstück dringend für eigene Baumaßnahmen benötigt wird. Die Universität schlägt vor, leer stehende Gebäude der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben als Alternative für die Flüchtlingsunterbringung zu nutzen.

Der Sonderbeauftragte für Flüchtlingsfragen beim Senat, Broemme, prüft verschiedene städtische Flächen, um Flüchtlingsunterkünfte zu errichten. Während er betont, dass er die Erweiterung der Uni nicht blockieren möchte, verweist er darauf, dass solange das Grundstück ungenutzt bleibt,

Flüchtlinge dort untergebracht werden können. Der Senat hat Ende März beschlossen, 16 weitere Containerdörfer zu errichten, da der Bedarf an Wohnraum für Flüchtlinge in der Stadt weiterhin groß ist.

Die Pläne für die Containerdörfer in den verschiedenen Bezirken sorgen für Diskussionen und Widerstand, insbesondere in den vornehmeren Stadtteilen. Die Freie Universität Berlin gerät ins Kreuzfeuer der Kritik im Netz, da sie für gewöhnlich als weltoffen angesehen wird, sich aber gegen die temporäre Unterbringung von Flüchtlingen auf dem Uni-Gelände ausspricht. Die Debatte zeigt die Spannungen zwischen den verschiedenen Interessengruppen und die Herausforderungen bei der Unterbringung von Flüchtlingen in der Stadt.

Details

Besuchen Sie uns auf: n-ag.de